

**Kleine Anfrage**  
**des Abgeordneten Kleinert (Marburg) und der Fraktion DIE GRÜNEN**

**Radioaktive Belastung von Nahrungsmitteln nach dem Reaktorunfall in Tschernobyl**

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Ist der Bundesregierung die Informations- und Empfehlungspraxis des Kreisausschusses des Landkreises Marburg-Biedenkopf bekannt, wonach der Kreisausschuß regelmäßig in lokalen Zeitungen Informationen über die Gesamtbelastung von Nahrungsmitteln mit Cäsium an die Bevölkerung, insbesondere an die Landwirte, weitergibt?
2. Hält die Bundesregierung diese Praxis für vereinbar mit den Bestimmungen im Strahlenschutzvorsorgegesetz, das die Veröffentlichung von Meßwerten ausschließlich im Kompetenzbereich des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit ansiedelt?
3. Wenn nein, welche Konsequenzen gedenkt die Bundesregierung daraus zu ziehen?
4. Gedenkt die Bundesregierung auf Bundesebene diese Informationspraxis, die in der Region großen Zuspruch findet, einzuführen?

Bonn, den 27. Februar 1987

**Kleinert (Marburg)**  
**Ebermann, Frau Rust, Frau Schoppe und Fraktion**

